

Schustereits⁵ vermögen. Dennoch muß kritisch angemerkt werden, daß die hauptsächlich ideologiegeschichtlich angelegte Arbeit das Verhältnis zwischen linksliberaler Programmatik und Interessenbindung der DDP-Mitglieder- und -wählerschaft nicht hinreichend problematisiert.

Diesbezüglich hat Werner Schneider jüngst mit Recht darauf hingewiesen, daß die von der Partei bewußt in den Vordergrund gestellten außenpolitischen Konzepte »ideologische Rückzugsmittel« mit Kompensationscharakter waren⁶. Der Verweis auf den großdeutschen Nationalstaat sollte das Abschwenken breiter Mittelschichten verhindern, die angesichts der bedrohlich anwachsenden ökonomischen Strukturprobleme ihre materiellen und sozialen Interessen durch die DDP nicht mehr vertreten sahen.

Ulrich Heinemann

Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976, hrsg. von Hugo Stehkämper, Historisches Archiv der Stadt Köln/Rheinland Verlag, Köln 1976, 858 S. u. 90 Abb., Ln., 37 DM.

Der biographische Zugang zur modernen Sozialgeschichte erfreut sich nicht eben großer Beliebtheit. Wo gesellschaftliche Systeme und ihre Steuerungsmechanismen in das wissenschaftliche Blickfeld rücken, tritt das Individuum hinter Strukturen, prozessualen Sachzwängen und statistischen Meßwerten zurück. Während bei der Erforschung von Industrialisierung und Verstädterung nicht von ungefähr quantifizierende soziokulturelle Analysen dominieren, hat die historische Aufarbeitung der Kommunalpolitik in der Weimarer Epoche beachtliche Impulse von der Biographie sogenannter »großer Oberbürgermeister« erhalten. Indessen lohnt es sich, darüber nachzudenken, ob die Merkmale für die historische Bedeutung der Oberbürgermeister, ihre berufliche Qualifikation und Sachkompetenz, die innovatorischen Ideen und die Zähigkeit bei ihrer Durchsetzung oder der ideologiefreie Pragmatismus und die taktische Flexibilität im Umgang mit politischen Formationen, wirklich Produkte individueller Begabung und Leistung gewesen sind oder nicht doch zwangsläufige Folgen der lokalen Führungsposition. Vielleicht konnten die großen Oberbürgermeister gar nicht anders als »groß« sein, weil sich in ihrem Amt die Problemlösungen der ganzen Verwaltungsorganisation für die sozialen und politischen Konflikte in den städtischen Zentren bündelten. Zu welchen Ergebnissen auch immer solche Überlegungen führen, die großstädtischen Verwaltungschefs dürfen in jedem Fall ein zweifaches sozialgeschichtliches Interesse beanspruchen: als individuelle Vertreter einer kommunalen Reformbürokratie und als Machthaber an gesellschaftspolitischen Schaltstellen.

Das rein Genealogische gibt bei Adenauer nicht viel her. Die Abkunft aus einer kleinen Beamtenfamilie, die Ausbildung zum Juristen und das Konnubium liefern allenfalls weitere, auch sonst gar nicht so seltene Belege dafür, daß in der kastenmäßig abgeschlossen scheinenden Gesellschaft des Kaiserreichs der soziale Aufstieg in zwei Generationen möglich war und daß insbesondere der Kommunaldienst entsprechende Aussichten eröffnete. Bei einer solchen Karriere spielten die ungeschriebenen Anforderungen für eine Laufbahn im höheren Staatsdienst, Adelsprädikat, Reserveoffizierspatent und Korpsstudententum, keine Rolle. Bedeutendere Faktoren für Adenauers Selbstbehauptung waren dagegen schon, und zwar auf Dauer gesehen, die landsmannschaftliche Eingebundenheit in das Rheinland und die katholische

5 Hartmut Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919 — 1930, Düsseldorf 1975.

6 Vgl. Werner Schneider, Die Deutsche Demokratische Partei 1924 — 1930, München 1978, S. 268 ff.

Konfession. Dennoch hat Adenauer, was leicht übersehen wird, die volle Sympathie der Kölner erst nach dem Zweiten Weltkrieg erreicht, während seine Popularitätskurve als Oberbürgermeister eine fallende Tendenz aufwies. Auch in der Zentrumsparterie hatte Adenauer gelegentlich Schwierigkeiten oder fand er Widerstände. Wenn er auch im Rheinischen Provinziallandtag und im Preußischen Staatsrat parteiorientierte Positionen versah, so hatte er doch weder in Köln noch im rheinischen Zentrum oder gar in Preußen und im Reich ein wirklich wichtiges Parteiamt inne. Insofern paßt seine — im Vergleich zur Bundesrepublik — auffällige parteipolitische Zurückhaltung in der Weimarer Zeit, sein Verzicht auf eine nach außen hin deutlich sichtbare parteipolitische Einflußnahme, nahtlos in den Verhaltenskodex der meisten seiner Oberbürgermeisterkollegen. Auch die Tatsache, daß Adenauer zweimal ernsthaft für den Posten des Reichskanzlers im Gespräch war, streicht mehr das Gewicht der verwaltungsmäßigen Vorpositionen für ein Überwechseln in die Reichsregierung heraus, als daß ihn diese Kandidaturen vom Rang der übrigen großstädtischen Oberbürgermeister abgehoben hätten. Manche seiner Kollegen, wie Luther, Gessler, Jarres, Külz und Dietrich, waren da erfolgreicher. Insgesamt fügt sich Adenauer als Stadtoberhaupt von Köln durchaus in das Bild der rheinischen Oberbürgermeister der Weimarer Epoche, das *Walter Först* in seinem Beitrag auf eindrucksvolle Weise gekennzeichnet hat.

In Adenauers Haltung zur Arbeiterbewegung sind trotz der grundsätzlichen Ablehnung der sozialistischen Zielvorstellungen manche taktisch begründeten Wendungen, manche persönlichen Kontakte, befristete Partnerschaften und auch teilweise Übereinstimmungen in den Grundüberzeugungen zu beobachten. Als Lebensmitteldezernent im Ersten Weltkrieg hat Adenauer bei der Lösung der Ernährungsfrage ein entspanntes Verhältnis zur SPD gewonnen und sich den Blick für die bedrängte soziale Lage der einkommensschwachen Schichten geschärft. »Soziales Verständnis« hat ihm denn auch das Parteiblatt, die Rheinische Zeitung, nach der Wahl zum Oberbürgermeister bescheinigt. Tatsächlich ist sich Adenauer etwa der sozial schädlichen Folgen einer starken Anspannung der indirekten Steuern bis zum Ende seiner Amtszeit durchaus bewußt geblieben. Auf dem Felde der persönlichen Beziehungen hielt die »Freund-Feindschaft« mit dem Chefredakteur der Rheinischen Zeitung und Reichstagsabgeordneten Sollmann, die sich in den Tagen der Revolution bewährt hatte und als zusätzliche Klammer in dem Weimarer Zweckbündnis von SPD und Zentrum fungierte, bis zum Ende der zwanziger Jahre. Adenauer kooperierte bei der Universitätsbegründung und der Eingemeindung von 1922 ohne weiteres mit der SPD-Fraktion, um Widerstände bei den Liberalen und dem bürgerlichen Flügel des Zentrums zu überwinden. Diese pragmatische Zusammenarbeit war aber, was bei der Analyse von Adenauers Führungsstil durch *Klaus Pabst* klar herauskommt, jeweils auf bestimmte Ziele gerichtet und zeitlich begrenzt. Immerhin erstrebte Adenauer in der Endphase der Republik wenigstens in Teilbereichen eine Erneuerung dieses früheren Bündnisses. Dafür spricht auch die von *Wolfgang Hofmann* in Adenauers Haltung zur Krise der Selbstverwaltung beobachtete Reserve gegen konservativ-autoritäre Staatstheorien. So monierte Adenauer im November 1931 in einem Zeitungsartikel, daß die Angriffe auf die demokratisch geführten Großstädte von der politischen Rechten kamen und »daß der Kampf gegen die Selbstverwaltung oft identisch ist mit dem Kampf gegen die sozialistische Bewegung«. Zu fragen, wie breit die gemeinsame demokratisch-republikanische Basis tatsächlich gewesen ist, wäre eine eigene Studie über Adenauer und die SPD in der Weimarer Zeit wert gewesen.

Natürlich hat auch dieser Band auch sonst noch Schwachstellen. Am meisten zu bedauern ist, daß eine gesonderte Untersuchung der kommunalwirtschaftlichen Aktionen und sozialpolitischen Zielsetzungen Adenauers fehlt. Aber was darüber hinaus an Sammelwerken gewöhnlich kritisiert wird, der Mangel an Einheitlichkeit, erweist sich im vorliegenden Fall als Vorteil. Die große Zahl sachkundiger Mitarbeiter hat zu einer interessanten Vielfalt der interpretatorischen Ansätze geführt. Abgesehen von der Bewunderung Adenauers in einigen Beiträgen,

die man nicht teilen muß, und der Würdigung, die der Anlaß des 100. Geburtstages gebot, leistet dieses äußerlich wie inhaltlich schwergewichtige Buch einen erstaunlichen Beitrag zu einer kritischen Biographie. Vieles, was am späteren Bundeskanzler wie politische Doktrin oder Altersstarrheit erscheint, findet im Lichte der frühen kommunalen Praxis und der politischen Erfahrungen eine vertiefende und manchmal rationale Erklärung. Exemplarisch hat *Rudolf Morsey* herausgearbeitet, was das Erleben von 12 Jahren Hitler-Diktatur für Adenauers politische Meinungsbildung und seine Verhaltensweise bedeutete. Man wird künftig über den Kanzler Adenauer nicht reden können, ohne zugleich vom Oberbürgermeister zu sprechen.

Dieter Rebentisch

Volker Hentschel, Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik, Droste Verlag, Düsseldorf 1978, 180 S., Pb., 36 DM.

Über das Ende der Weimarer Republik und den Aufstieg des Nationalsozialismus angesichts der immer unübersichtlicheren Spezialliteratur zu diesem Thema ein knapp und übersichtlich gehaltenes Buch zu schreiben, ist ein mutiges Unterfangen. Hentschel hat sich ein solches Ziel gesetzt; laut Klappentext will seine Arbeit eine Zusammenfassung der bisherigen Detailforschung geben, ergänzt um eigene Recherchen in staatlichen und privaten Archiven. Diese Ankündigung erweckt allerdings falsche Hoffnungen, denn tatsächlich herausgekommen ist ein zweifelhafter Wiederbelebungsversuch verengter Personenhistorie. Hentschel sucht nachzuweisen, daß weder wirtschaftliche noch soziale Entwicklungen das Ende Weimars erklären können, sondern daß der Schlüssel »in persönlichen Handlungen, Haltungen und Entscheidungen« (S. 7) zu suchen sei. Welche Motive oder Interessen diese Handlungen und Entscheidungen aber prägten, erklärt der Verfasser nicht.

Seine Kritik an der Strukturgeschichte und überhaupt an »historisch-sozialwissenschaftlichen Theorien, Modellen und Konzepten« (S. 107) zugunsten einer »historischen Erzählung« von den Taten einzelner Persönlichkeiten scheint nicht allein der Opportunität einer seit geraumer Zeit zu beobachtenden Reaktivierung konservativer historiographischer Trends zu folgen, sondern auch die relativ schmale Materialgrundlage verbergen zu wollen. Dennoch sucht der Autor mit gespreizter Präntation den Eindruck zu erwecken, als ob erst von ihm die bisherige Forschung zulänglich bewertet und das letzte Wort in der kontroversen Diskussion um das Ende der Weimarer Republik gesagt worden sei.

Da für Hentschel die Schlußphase Weimars »Personengeschichte in so unglaublich hohem Ausmaß« (S. 31) ist, erscheinen die politischen Entscheidungen lediglich als intrigantes Gegen- und Miteinander einer kleinen Gruppe von Akteuren um Brüning, Papen, Schleicher oder Hindenburg, wobei insbesondere Schleicher als Drahtzieher hinter den Kulissen agierte. Nachdem so die eben nicht gerade neue These nochmals wiederholt wurde, daß Hitlers Kanzlerschaft als Ergebnis quasi geheimer Kabinettsdiplomatie angesehen werden müsse, hat der Autor freie Bahn, um seine eigentlichen Absichten, die Darstellung des Verhältnisses von Nationalsozialismus und Schwerindustrie, vorzutragen. Im Widerspruch zu seinen vorangegangenen Darlegungen dürfe bei diesem Thema allerdings nicht mehr »erzählt«, sondern es müsse endlich »argumentiert« werden (S. 103). Und das nimmt sich bei Hentschel dann so aus: Er stellt einige Behauptungen auf, erklärt, daß sie den gegenwärtigen Stand der Forschung repräsentieren, und rückt ihnen dann in der Pose des Einzelkämpfers vehement zu Leibe. So schießt er sich beispielsweise auf die »mehrfach konstruierte These [ein], daß Hitler die Schwerindustrie seit 1931 mit extensiven Aufrüstungsplänen für sich gewonnen habe« (S. 105) — wer aber so etwas in dieser Form behauptet hat, wird nicht gesagt. Oder Hentschel suggeriert den Eindruck, als ob die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch die Schwerindustrie zentralen Erkenntnis- und Stellenwert einer bestimmten Forschungsrichtung habe, um dann souverän darauf hinzuweisen, daß es »keinerlei Anzeichen dafür [gibt], daß